

# Der neue Finanzminister Georg Fahrenschon im Gespräch mit BBB-Vorsitzendem Rolf Habermann

## Rolf Habermann:

Die Staatsregierung hat in der letzten Legislaturperiode die Eckpunkte für das „Neue Dienstrecht in Bayern“ vorgelegt. Bleibt es dabei, dass diese Reform ein Aushängeschild der bayerischen Politik werden soll?

## Finanzminister Georg Fahrenschon:

Noch stärkere Leistungsorientierung und Flexibilisierung - das sind die Ziele, die wir mit den Eckpunkten für das Neue Dienstrecht in Bayern verfolgen. Die Resonanz bei den Verbänden, den Personalvertretungen und in der Öffentlichkeit ist sehr gut. Und auch bundesweit setzen wir Maßstäbe: große Beachtung haben die von uns vorgesehenen Beförderungsmöglichkeiten und insbesondere unser Konzept, nur noch eine durchgehende Laufbahn zu schaffen, gefunden. Für uns ist das also Ansporn, das Neue Dienstrecht in Bayern im Interesse unserer Beamtinnen und Beamten auf Basis der Eckpunkte umzusetzen. Und so haben wir das auch im Koalitionsvertrag festgelegt. Bayern soll damit seine Vorreiterrolle beim Neuen Dienstrecht in Deutschland behalten.

## Rolf Habermann:

Den bayerischen Beamten wurde versprochen, diese Reform mit zusätzlichen Mitteln von 240 Millionen Euro auszustatten. Wird die Staatsregierung Wort halten?

## Finanzminister Georg Fahrenschon:

Die Umsetzung des gesamten Neuen Dienstrechts verursacht im Endausbau Kosten von rund 240 Mio. Euro allein für den Besoldungsbereich. Schon im Doppelhaushalt 2009/2010 wollen wir im Vorgriff auf das Neue Dienstrecht die ersten Verbesserungen als Einstieg in die Umsetzung deutlich machen: die



Foto: Jan Roeder

Staatsregierung will mindestens 10.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für alle Beamtinnen und Beamten im Schulbereich und den übrigen Bereichen zur Verfügung stellen. Das bedeutet konkret: schon 2009 sollen die ersten Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen befördert werden können. Parallel dazu wird die Bayerische Staatsregierung auch in den anderen Bereichen die Beförderungsaussichten verbessern. Mit dem Inkrafttreten des Neuen Dienstrechts, das wir im Jahr 2011 anstreben, werden wir den Prozess fortsetzen.

## Rolf Habermann:

Bundesweites Aufsehen hat die Absicht hervorgerufen, die Laufbahngruppen zu einer einzigen Laufbahn zusammenzufassen. Nimmt die Staatsregierung diese Absicht ernst, oder werden die Laufbahngruppen doch wieder „durch die Hintertür“ eingeführt?

## Finanzminister Georg Fahrenschon:

Wir wollen ein modernes Laufbahnrecht, das leistungs- und wettbewerbsfähig ist. Die Bayerische Staatsregierung hat sich daher

bewusst gegen starre Gruppen Grenzen und für die Einführung der Laufbahn entschieden. Diese Festlegung in der letzten Legislaturperiode wird - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - weiterhin Grundlage für die Novellierung des Laufbahnrechts sein. Das bedeutet: Für den Einstieg werden Qualifikationsebenen nach Vor- und Ausbildung entsprechend dem Schul- und Hochschulrecht festgelegt. Wir werden auch eine konsequente Neuausrichtung des bisherigen Aufstiegsverfahrens vornehmen und ein neues wesentlich flexibleres Qualifizierungssystem schaffen. Schon bei der Erarbeitung der Eckpunkte haben wir die Beschäftigtenvertretungen frühzeitig in die Gesetzes- und Verordnungsarbeiten eingebunden, das werden wir hier auch weiter fortsetzen.

## Rolf Habermann:

Der Bund hat für seine Beamten eine Minireform beschlossen. Was sind die Vorzüge der bayerischen Reform?

## Finanzminister Georg Fahrenschon:

Der Bund und der Freistaat Bayern

verfolgen beide das Ziel, das Dienstrecht für die Beamtinnen und Beamten flexibel und leistungsorientiert zu gestalten. Das ist unumgänglich, um die künftigen Herausforderungen zu meistern und gleichzeitig ein hoch attraktiver Arbeitgeber für den beruflichen Nachwuchs zu sein. Der Bund geht aber bei seinen Reformansätzen weniger weit als es Bayern vorhat: Bayern betont die Leistungselemente mit den zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten und dem schnelleren Vorrücken in den Gehaltsstufen noch viel stärker. Außerdem stellen wir die flexible berufliche Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Mittelpunkt des Neuen Dienstrechts. Dazu gehört eben auch, dass an die Stelle des bisherigen starren Systems der vier Laufbahngruppen nur noch eine durchlässige Laufbahn treten wird.

#### **Rolf Habermann:**

Der Bund hebt die Altersgrenze auf 67 Jahre an. In Bayern würde das speziell - aber nicht nur - bei den Lehrern, die sogar über diese Altersgrenze hinaus arbeiten sollen, um keine Abschlüsse hinnehmen zu müssen, auf Widerstand stoßen. Sind für Sie hier flexible Modelle vorstellbar?

#### **Finanzminister Georg Fahrenschon:**

Immer wieder kocht das Vorurteil hoch, Beamte seien gegenüber „normalen“ Arbeitnehmern bei der Pension massiv privilegiert. Uns ist deshalb wichtig, dass wir keine Munition für diese unsägliche Neiddiskussion liefern. Die künftigen Altersgrenzen im Beamtenbereich können also nicht von den Regelungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung abweichen, weder nach oben noch nach unten. Das bedeutet aber auch: Gibt es keine Erhöhung der Altersgrenze im Rentenbereich, gibt es auch keine Erhöhung bei den Beamten. Und was die Flexibilität betrifft: Auch jetzt schon können die bayerischen Beamtinnen und Beamten bereits mit 64 Jahren in den Ruhestand treten, wenn sie dies möchten. Außerdem wird im Rahmen des Neuen Dienstrechts dieser Korridor nochmals erweitert, da die Antrags-

altersgrenze unverändert bleiben soll. Das heißt, der Beamte wird künftig bis zu drei Jahre vor der Regelaltersgrenze auf Antrag in den Ruhestand treten können. Und noch ein Wort zur Anhebung der Altersgrenze für die Lehrerinnen und Lehrer. Auch sie können weiterhin nach Vollendung des 64. Lebensjahres auf Antrag vorzeitig in den Ruhestand treten. Im Interesse der Schüler und Eltern wollen wir aber einen Lehrerwechsel mitten im Schuljahr vermeiden. Deshalb bieten wir den Lehrerinnen und Lehrern ein Wahlrecht, entweder zu Schuljahresbeginn oder zum Schuljahresende in den Ruhestand zu treten. Gerechter als der jetzige Zustand ist das allemal: Bisher kommt es darauf an, ob die Lehrerin oder der Lehrer zufällig vor oder erst nach dem Schuljahresbeginn 64 wird.

#### **Rolf Habermann:**

Wie stehen Sie zur Rolle des Berufsbeamtentums im Freistaat Bayern?

#### **Finanzminister Georg Fahrenschon:**

Am Berufsbeamtentum wird nicht gerüttelt! Der Unterricht in den Schulen und Universitäten, die Kriminalitätsbekämpfung durch die Polizei, die Steuerveranlagung in den Finanzämtern oder die Erteilung von Baugenehmigungen

durch die Landratsämter - all das würde ohne unsere Beamtinnen und Beamten nicht funktionieren. Für Bayern ist und bleibt die herausragende Arbeit des Öffentlichen Dienstes ein wichtiger Standortfaktor.

#### **Rolf Habermann:**

Die derzeitigen Regelungen zur Altersteilzeit laufen am 31.12.2009 aus. Was plant die Staatsregierung?

#### **Finanzminister Georg Fahrenschon:**

Die Altersteilzeit hat gerade im Lehrerbereich regen Zuspruch erfahren. Die Regelung wurde deshalb bereits einmal verlängert. Bekanntlich gibt es aber auch Verwaltungsbereiche, in denen die Altersteilzeitregelungen wegen des vorzeitigen Weggangs von erfahrenen Mitarbeitern auf keine große Begeisterung stoßen. Für das weitere Vorgehen in Bayern wird es deshalb auch darauf ankommen, wie die bundesweite Entwicklung im Beamten- und Tarifbereich aussieht. Insellösungen sind angesichts der massiven Diskussion um angebliche Beamtenprivilegien bei der Pension aus meiner Sicht nicht sachgerecht.

#### **Rolf Habermann:**

Bisher steht das Wort der Staatsre-

Fortsetzung Seite 206

### **Georg Fahrenschon - zur Person -**

Georg Fahrenschon wurde am 8. Februar 1968 in München geboren, ist römisch-katholisch und verheiratet. Er hat zwei Töchter.

Nach seinem Abitur studierte er Betriebs- und Volkswirtschaftslehre in München und Augsburg mit dem Abschluss als Diplom-ökonom (Universität) im Jahr 1999.

Seine politische Laufbahn begann Georg Fahrenschon 1989 als Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands, seit 1997 ist er Mitglied des

Bezirksvorstandes der CSU Oberbayern.

Georg Fahrenschon war von Oktober 2002 bis November 2007 Mitglied des Deutschen Bundestags, von 2005 bis 2007 als Direktabgeordneter für den Wahlkreis München-Land. In dieser Zeit war Fahrenschon Ausschussmitglied, unter anderem im Finanzausschuss und im Haushaltsausschuss.

Im Oktober 2007 wurde Georg Fahrenschon Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und vertrat Bayern als Vertreter des Ministerpräsidenten in der Föderalismuskommission II.

Seit 30. Oktober 2008 ist Georg Fahrenschon Bayerischer Staatsminister der Finanzen.

Fortsetzung von Seite 205

gierung, die bayerischen Beamtinnen und Beamten sollen im Bundesvergleich am besten besoldet werden. Stehen Sie weiter zu dieser Aussage?

### **Finanzminister Georg Fahrenschon:**

Nach den Eckpunkten zum Neuen Dienstrecht sollen die Beförderungsmöglichkeiten verbessert und zusätzliche Leistungsanreize geschaffen werden. Ich möchte nur anmerken, dass im Bundeskonzept für ein neues Dienstrecht beides so nicht vorgesehen ist. Bayern zahlt außerdem mit 70 % bzw. 65 % eines Monatsgehalts für aktive Beamte - der Bund z. B. zahlt nur 30 % - im Vergleich zu anderen Ländern seinen Beamtinnen und Beamten auch nach wie vor mit das höchste „Weihnachtsgeld“. Andererseits hat der Bund mit der Besoldungsanpassung für 2009 einen weiteren Schritt gemacht, über den in Bayern aber erst nach dem Abschluss der Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer der Länder entschieden werden kann. Klar ist aber auch: Wir haben in den Eckpunkten zum Neuen Dienstrecht festgelegt, dass die Bezüge weiterhin entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse angepasst werden. Daran halten wir fest.

### **Impressum**

Verleger: BBB-Verlag e. V. (Register-Nr. 12092)  
Schwanthalerstraße 21, 80336 München,  
Tel. (o 89) 55 25 88-0; Fax (o 89) 55 25 88-50;  
E-Mail-Adresse: bbb@bbb-bayern.de;  
gesetzlich vertreten durch den Vorstand;  
Bayerische Hypo-Bank,  
Kto.-Nr. 6 410 609 698; BLZ 700 200 01  
Verantwortlich für die Redaktion: Peter  
Schels, BBB, Schwanthalerstraße 21,  
80336 München.  
Verantwortlich für Anzeigen: Michael Rosch,  
BBB, Schwanthalerstraße 21,  
80336 München.  
Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge  
stellen in jedem Fall nur die Meinung des  
Verfassers dar.  
Herstellung: Gebr. Geiselberger GmbH,  
Martin-Moser-Straße 23, 84503 Altötting,  
Telefon o 86 71 / 50 65-0;  
Fax o 86 71 / 50 65 68  
E-Mail: mail@geiselberger.de  
Erscheint monatlich einmal. Für Mitglieder  
ist der Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag  
abgegolten.

## **Die Vorsitzenden der Landtagsausschüsse und ihre Stellvertreter**

### **Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes**



Vorsitz: Ingrid Heckner (CSU)



stv. Vorsitz: Stefan Schuster (SPD)

### **Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen**



Vorsitz: Georg Winter (CSU)



stv. Vorsitz: Adelheid Rupp (SPD)

### **Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz**

Vorsitz: Franz Schindler (SPD)  
stv. Vorsitz: Petra Guttenberger (CSU)

### **Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit**

Vorsitz: Dr. Gabriele Pauli (FW)  
stv. Vorsitz: Christian Meißner (CSU)

### **Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

Vorsitz: Erwin Huber (CSU)  
stv. Vorsitz: Alexander Muthmann (FW)

### **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Vorsitz: Gerhard Eck (CSU)  
stv. Vorsitz: Adi Sprinkart (Grüne)

### **Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit**

Vorsitz: Brigitte Meyer (FDP)  
stv. Vorsitz: Joachim Unterländer (CSU)

### **Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur**

Vorsitz: Bernd Sibler (CSU)  
stv. Vorsitz: Isabell Zacharias (SPD)

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport**

Vorsitz: Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)  
stv. Vorsitz: Georg Eisenreich (CSU)

### **Ausschuss für Eingaben und Beschwerden**

Vorsitz: Hans Joachim Werner (SPD)  
stv. Vorsitz: Sylvia Stierstorfer (CSU)

### **Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten**

Vorsitz: Prof. Ursula Männle (CSU)  
stv. Vorsitz: Dr. Annette Bulfon (FDP)

### **Ausschuss für Umwelt und Gesundheit**

Vorsitz: Dr. Christian Magerl (Grüne)  
stv. Vorsitz: Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)

# Fragen an die neue Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes MdL Ingrid Heckner

## Rolf Habermann:

Sehr geehrte Frau Heckner, ich freue mich, dass Sie so kurz nach Ihrer Ernennung die Zeit finden, uns einige Fragen zu beantworten, die unseren Mitgliedern erlauben, Sie und Ihre Positionen im Bereich des öffentlichen Dienstes näher kennen zu lernen.

Als langjähriges Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und auch unseres Fachverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen sind Ihnen die Probleme der Beschäftigten des Freistaats Bayern bestens vertraut. Wo sehen Sie die Schwerpunkte der Ausschussarbeit in der kommenden Legislaturperiode?

## MdL Ingrid Heckner:

Hauptaufgabe für die neue Legislaturperiode ist die gesetzgeberische Umsetzung der Dienstrechtsreform. Wir haben dafür mit den Eckpunkten eine gute, im engen Schulterschluss mit dem Beamtenbund erarbeitete Basis. Mir liegt viel daran, den Dialog mit den Verbänden weiterzuführen und zu intensivieren. Ziel der Dienstrechtsreform muss sein, die Motivation im öffentlichen Dienst in Bayern weiter zu stärken. Dieses Ziel verfolgen wir auch mit der Schaffung neuer Beförderungsmöglichkeiten. Mehr als 10.000 davon sollen bereits im nächsten Doppelhaushalt ausgebracht werden. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass das auch so kommt. Dabei ist es mir besonders wichtig, zwischen den einzelnen Ressorts einen Gleichklang herzustellen im Hinblick auf die Beförderungschancen.

## Rolf Habermann:

Besonders beschäftigt die Beamtinnen und Beamten in Bayern immer noch die Frage der Arbeitszeit. Werden Sie sich für eine Reduzierung der 42-Stunden-Woche einsetzen bzw. welche Alternativen erscheinen Ihnen vertretbar, um



hier zu einer angemessenen Lösung zu gelangen?

## MdL Ingrid Heckner:

Die bayerischen Beamtinnen und Beamten haben mit der höheren Arbeitszeit einen wichtigen Beitrag geleistet zum schuldenfreien Haushalt. Nicht zuletzt ihnen haben wir es zu verdanken, dass wir auch in einer wirtschaftlich so schwierigen Lage wie jetzt noch immer Mittel haben um zu investieren. Wir können damit auch etwas für die Belebung der Konjunktur tun. Auf diesen Beitrag der Beamten werden wir nicht sofort verzichten können. Die 42-Stunden-Woche ist aber auch nicht auf ewig in Stein gemeißelt. Ich plädiere dafür, die Möglichkeit einer Absenkung nicht aus den Augen zu verlieren. Denkbar ist, Lebensarbeitszeit, Altersteilzeit, Besoldungsanpassung und Wochenarbeitszeit in einem Paket zu sehen.

## Rolf Habermann:

Ein Thema, dass sich bei der anstehenden Schaffung des Neuen Dienstrechts für Bayern als Streitpunkt abzeichnet, ist die in den Eckpunkten vorgesehene Anhebung der Altersgrenze für den Eintritt in

den Ruhestand.

Lehrer sollen zudem künftig über die allgemeine Altersgrenze hinaus bis zum Ende des Schuljahres arbeiten müssen, um den vollen Ruhegehaltsatz zu erhalten.

Der BBB stellt sich gegen die starre Erhöhung und verlangt flexible Lösungen auf freiwilliger Basis. Wie stehen Sie dazu?

## MdL Ingrid Heckner:

Wir müssen vermeiden, dass in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, die Pensionäre würden in Punkto Altersgrenze gegenüber den „Normalrentnern“ privilegiert. Eine solche Neid Diskussion wollen wir nicht. Das schließt die vom Beamtenbund geforderte Flexibilität freilich nicht aus. Eine pauschale Anhebung der Lebensarbeitszeit für alle Berufsgruppen im öffentlichen Dienst wird es nicht geben. In den Eckpunkten sind bereits Ausnahmen vorgesehen für Polizeibeamte, Beamte im Strafvollzugsdienst und bei den Justizvollzugsanstalten sowie für Beamte des Einsatzdienstes der Berufs- und Werkfeuerwehren. Die Regelung bei den

Fortsetzung Seite 208

Fortsetzung von Seite 208

Lehrern geht zurück auf eine Anregung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Wer bis zum Ende des Schuljahres arbeitet, soll aber nicht nur, wie von Ihnen angesprochen, den vollen Ruhegehaltssatz bekommen, sondern für jeden Tag über das Erreichen der allgemeinen gesetzlichen Altersgrenze hinaus einen spitz-gerechneten Versorgungszuschlag.

#### **Rolf Habermann:**

Am 31.12.2009 laufen die derzeitigen Regelungen zur Altersteilzeit aus. Dieses Instrument des gleitenden Übergangs in den Ruhestand darf aus Sicht des BBB nicht leichtfertig aufgegeben werden. Werden Sie sich für eine Fortschreibung der Regelungen einsetzen?

#### **MdL Ingrid Heckner:**

Ich persönlich war schon immer eine Verfechterin der Altersteilzeit, da wir dadurch langfristige Vertretungsfälle verhindern können. Wir müssen jetzt sehen, zu welchen Regelungen der Bund kommt und wie die Tarifverhandlungen im Arbeitnehmerbereich ausgehen. Das wird eine wichtige Orientierungsmarke und Verhandlungsgrundlage sein.

#### **Rolf Habermann:**

Herzlichen Dank für das Gespräch.

## **Die Erwartungen an die kommende Legislaturperiode**

### **Schreiben an Ministerpräsident Seehofer**

BBB-Vorsitzender Rolf Habermann nahm die bevorstehende Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer zum Anlass, diesem in einem Schreiben die vordringlichen Erwartungen der bayerischen Beamten für die kommende Legislaturperiode kurz darzulegen.

Für die Akzeptanz und den Erfolg des neuen Dienstrechts werde es ganz entscheidend sein, dass es ohne Verzögerungen zügig umgesetzt und bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode abgeschlossen werde. Dies beinhaltet auch die angekündigte Schaffung von insgesamt mehr als 10.000 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten im kommenden Doppelhaushalt. Begrüßt würde, wenn der Ministerpräsident seinen bisherigen positiven Äußerungen dazu (siehe Interview BBB-Nachrichten 11-2008, S. 183 f.) im Rahmen der Regierungserklärung zusätzliches Gewicht verleihen würde.

Die Ungleichbehandlung der bayerischen Beamten bei der

Wochenarbeitszeit mit den anderen Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst erzeuge nach wie vor großen Unmut. Die bayerischen Beamten hätten sich nie damit abgefunden. Der Zustand sei auf Dauer nicht hinnehmbar und bedürfe dringend einer Lösung. Gegebenenfalls könnten für „Problem-bereiche“ Alternativen diskutiert werden, wie z. B. eine angemessene finanzielle Kompensation.

Die Anpassung der bayerischen Beamtenbesoldung zum Oktober 2007 sei zwar seinerzeit unbestritten bundesweit vorbildlich gewesen. Die Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2008 habe aber hier zu Handlungsbedarf geführt, der auch durch die derzeitige Finanzkrise nicht beseitigt würde. Die Staatsregierung stehe nach wie vor im Wort, dass bayerische Beamte im Bundesvergleich immer die am besten bezahlten sein würden. Die bayerischen Beamten hätten in den vergangenen zwei Jahrzehnten unzählige Einschnitte hinnehmen müssen. Sie hätten enorme Einsparungen - einen sehr hohen zweistelligen Milliardenbetrag - für den bayerischen Staatshaushalt erbracht und ganz entscheidend zu dessen Sanierung beigetragen.

Auch die Anwärterbezüge seien im Auge zu behalten. Die demographische Entwicklung würde schon sehr bald dazu führen, dass ein Mangel an qualifizierten Berufsanfängern entstünde. Arbeitgeber, die keine attraktiven Beschäftigungskonditionen anzubieten hätten, würden im Wettbewerb um diese Arbeitskräfte ins Hintertreffen geraten. Eine überproportionale Anhebung der Anwärterbezüge sei dringend erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch in Zukunft zu gewährleisten.

Schließlich verwies Habermann darauf, dass die Wiederbesetzungssperre gerade angesichts der Schaffung des Neuen Dienstrechts aus Sicht des BBB untragbar würde.

### **Ingrid Heckner**

#### **- zur Person -**

Ingrid Heckner gehört seit Oktober 2003 dem Bayerischen Landtag an. Zuvor war die gelernte Fachlehrerin an Berufsschulen von 1989-2003 als Hauptpersonalrätin im Kultusministerium tätig. Zugleich war sie stellvertretende Landesvorsitzende des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB).

Ingrid Heckner gehörte von 2003-2008 den Landtagausschüssen für Bildung und für Fragen des öffentlichen Dienstes an. Ab 2005 war sie stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes der CSU-Landtagsfraktion. Im November

2008 wurde Heckner von der CSU-Landtagfraktion zur Leiterin des Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes damit zugleich in den Fraktionsvorstand gewählt.

Gemäß der interfraktionellen Abstimmung über die Vergabe der Ausschussvorsitze übernimmt sie als Nachfolgerin von Prof. Dr. Walter Eykman den Vorsitz im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes.

Ingrid Heckner ist Mitglied im Kuratorium der Europäischen Stiftung in Bayern und stellvertretende Landesvorsitzende des Arbeitskreises Schule, Bildung und Sport der CSU. Ihr Stimmkreis ist der Landkreis Altötting, wo sie zugleich CSU-Kreisvorsitzende ist.